



Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
25. Juni 2025, 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr
öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 34
Abwesende Mitglieder: 2

Vor Einstieg in die Tagesordnung gedenkt der Jugendhilfeausschuss in einer Schweigeminute dem außerordentlich verdienten ehemaligen Geschäftsführer und Vorsitzenden des Stadtjugendausschusses sowie einstigen Leiter der Sozial- und Jugendbehörde, **Herrn Kurt Roth**, der am 23. Juni 2025 verstorben ist. Die Trauerfeier findet am Mittwoch, 9. Juli 2025 um 15.30 Uhr statt. Daher wird die Sozialausschusssitzung am 9. Juli 2025 von 16.30 Uhr auf 17.30 Uhr verlegt, so dass die Möglichkeit zum Besuch der Trauerfeier besteht.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Dr. Karin Mezger (StA Durlach).

Der Vorsitzende gratuliert sehr herzlich Frau Yvette Melchien zur erfolgreichen Wahl zur neuen Beigeordneten für das Dezernat 3.

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Umsetzung der KJSG-Reform in Karlsruhe - Vorlage -

Herr Nees (SJB) führt mit einer Präsentation in den TOP ein.

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ist die Umsetzung der KJSG-Reform mit weniger Personalressourcen als in der Vorlage beschrieben möglich? Kann die Umsetzung aufgrund der angespannten Haushaltslage eventuell einfacher gestaltet werden?

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE):

Die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen KJSG-Reform bedarf einer neuen Organisationsstruktur und damit einhergehend weiterer personeller Ressourcen; dies bei der aktuell schwierigen Haushaltslage. Welche Überlegungen gibt es seitens der Verwaltung zum

weiteren Vorgehen und wie sehen mögliche nächste Schritte aus? Welche Erfahrungen mit jungen Menschen mit Behinderungen in der stationären Jugendhilfe gibt es? Seit 2022 gibt es die gesetzliche Implementierung von Verfahrenslotsinnen und Verfahrenslotsen, die die Eltern durch die Verfahren begleiten sollen. Sind diese in Karlsruhe bereits eingesetzt? Wurden bei den bisherigen Austauschprozessen die Selbstvertretungen miteinbezogen wie z. B. Eltern und Freunde für Inklusion (EFI) oder die Lebenshilfe?

Frau Stadträtin Döring (KAL): Es ist eine gute Entwicklung mit inklusivem Blick auf die Familien und mit der Chance, eine Ansprechperson im System zu haben. Die Sorge besteht, dass aufgrund eventuell auftretender personeller Engpässe und der vielen Fachaufgaben mit längeren Wartezeiten/Bearbeitungszeiten für die Eltern zu rechnen ist. Die gute Idee der KJSG-Reform soll sich aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht negativ für die Eltern darstellen.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): „Mehrbedarfe stehen nicht unter Vorbehalt des Haushaltsplans“, ist ein wichtiger Satz der Vorlage. Inwieweit spielen des Weiteren Übergänge in die Volljährigkeit bei den Überlegungen in der Umsetzung der KJSG-Reform eine Rolle?

Herr Stadtrat Nguyen: (Volt): Wie soll die Qualität der Leistung sichergestellt werden, wenn Personalengpässe auftreten und gibt es einen Backup-Plan?

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) betritt den Sitzungssaal.

Herr Nees (SJB): Die gesetzlich vorgegebenen Standards wurden bei der Umsetzung fachlich in Bezug auf Einsparmöglichkeiten hinterfragt. Dadurch werden die Standards teilweise unterschritten. Verfahrenslotsinnen und Verfahrenslotsen sind nicht als Person, sondern als Funktion über eine allgemeine E-Mail-Adresse implementiert. Auch dies ist eine vertretbare Unterschreitung der Standards.

Die stationäre Jugendhilfe steht stark unter Druck, da es zu wenig Plätze und eine hohe Fluktuation des Fachpersonals gibt. Die Stadt Karlsruhe ist deshalb weiterhin mit Trägern im Gespräch. Beim Runden Tisch Inklusion wurde die Vorlage vorgestellt, dort ist auch Efi vertreten. Die Änderungen kommen durch die Zusammenarbeit mit den Bezirksgruppen an, wohnortnahe Versorgung und aktive Einbeziehung des Sozialraums sind dabei wesentliche Faktoren.

Die Übergänge zur Volljährigkeit sind im KJSG aktuell nicht geklärt. Es wird hierzu eventuell im IKJHG Ausführungen geben.

Frau Langeneckert (SJB): Bei der Umsetzung des KJSG war es ein Anliegen, zuerst inhaltlich das Thema zu lösen und beide unterschiedlichen Fachabteilungen mit den jeweiligen rechtlichen Hintergründen zusammenzuführen. Mit Aufgabenkritik und Reduzierung auf das Wesentliche wurde das Konzept erarbeitet.

Bei der Haushaltssicherungsdebatte wurde beschlossen, dass für neue Aufgaben weiterhin Personalkontingente für die Stadtverwaltung zur Verfügung stehen sollen, hier steht die Sozial- und Jugendbehörde jedoch in einer Reihe mit anderen Ämtern. Das Personal muss in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, damit ein Organisationsversagen nicht entstehen kann. Der erste Schritt in der Umsetzung ist, den Allgemeinen Sozialen Dienst gut auszustatten und die Personalzusammenführung zu vollziehen. Wenn kein ausreichendes Personalkontingent aufgrund der Haushaltslage zur Verfügung gestellt wird, muss über eine Personal-Umverlagerung nachgedacht werden, um die Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Der Vorsitzende: Aufgabenkritik, wie bei der Umsetzung der KJSG-Reform bereits erfolgt, ist das Wesentliche im Sozialdezernat. Alle Umsetzungen werden mit Plan und Konzepten vorbereitet. Entsprechende Prioritäten bezüglich der Personalkontingente sind vom Gemeinderat und der Verwaltung zu setzen.

Beschluss: Der JHA nimmt die Umsetzung der KJSG-Reform zur Kenntnis.

TOP 2 Strategie Kita Fachkräftebedarf: Flexibilisierung (Fach-)Personalkostenzuschüsse
- Vorlage -

Frau Hunsicker (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Was beinhaltet der Begriff „geeignete Kräfte“? Über die Eignung entscheidet der Träger. Gibt es zu dieser Eignung ein Qualitätskonzept?

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): In der Vorlage steht, dass es einen zweiprozentigen Zuschlag gibt, wenn eine geeignete Person gefunden wird: Wieso gibt es einen Zuschlag?

Frau Hunsicker (SJB): Das Qualitätskonzept stellen die Träger*innen in eigener Hoheit auf. Im ersten Schritt legen diese die Kriterien selbstständig fest. Die Verwaltung steht mit den Trägerinnen und Trägern im Austausch, um gegebenenfalls die Qualität mitzusteuern. Bisher dürfen die „geeigneten Kräfte“ einzeln mit der Verwaltung abgerechnet werden, was für beide Seiten sehr aufwändig ist. Der Zuschlag ist grundsätzlich bei den Anwendungsfällen in der Richtlinie mit 1,5 % auf die Fachpersonalkostenabrechnung geplant. Bei einer eingruppigen Einrichtung gibt es einen zweiprozentigen Zuschlag, da der Fachpersonalkostenanteil in der Einrichtung zu gering ist, um die höheren Personalkosten auszugleichen. Die Prozentsätze wurden aufgrund Statistik, Erfahrungswerten etc. angesetzt, damit die Träger*innen in der Handlungsfähigkeit nicht eingeschränkt werden und die Stadtverwaltung kostenneutral das Budget einhalten kann.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die als Anlage 1 beigefügte neu gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ zum 1. September 2025 zu beschließen.

TOP 3: Aufnahme eines neuen Kita-Projektes in die Bedarfsplanung
- Vorlage -

Herr Barton (AWO Karlsruhe) verlässt den Sitzungstisch wegen Befangenheit.

Frau Merseburg (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Bei Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt kann eine große Unterversorgung im gesamten Stadtgebiet, trotz großer Anstrengungen der Stadtverwaltung, festgestellt werden. Die Fraktionen bitten um eine Zahl, wie viele

Kinder zum Beginn des Kindergartenjahres oder im Laufe des Jahres für einen Platz angemeldet waren und keinen erhalten konnten.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig* die Aufnahme von einem neuen Kita-Projekt mit 18 Plätzen für Kinder unter drei Jahren sowie 64 Plätzen für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt in die Bedarfsplanung der Stadt Karlsruhe.

TOP 4 Zentrum für digitale Spiel- und Freizeitgestaltung und Lebenswelten - Vorlage -

Herr Melchien (stja) führt in den TOP ein.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Das Angebot ist bisher vorwiegend für männliche Nutzer und soll jetzt auch für weibliche Nutzerinnen ausgeweitet werden. Werden die Angebote trans- und nicht-binären Menschen gerecht?

Herr Topluggedik (stja): Das Zentrum für digitale Spiel- und Freizeitgestaltung und Lebenswelten ist für Inklusion mit entsprechenden Konsolen ausgestattet. Durch ehrenamtliches Engagement wie Elternabende, etc. wird beispielsweise neue Ausstattung erwirtschaftet.

Herr Stadtrat Nguyen (VOLT): Besteht überhaupt noch Bedarf an Elternabenden? Kann die wichtige medienpädagogische Arbeit skaliert werden, wie z. B. über den Umgang mit Sozialen Medien, DeepFakes, KI-generiertem Spam aufzuklären?

Herr Pflüger (stja): Elternabend werden weiterhin benötigt, nur die Themen haben sich verändert. Vor 10-15 Jahren waren „Gewaltspiele“ das große Thema. Heute ist es die Suchtdebatte, die als Problematik dahinter steht. Mit der Aufklärung wird versucht, erste Anhaltspunkte zu geben und somit die Themen zu skalieren. Die unterschiedlichen Geschlechter sind in der Gamingszene kein Thema.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis.

TOP 5 Kita-Bedarfsplanung aktualisieren und transparenter machen - Stellungnahme zum Antrag -

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die Ziele dieses Antrags waren die Optimierung der Bedarfsplanung und fundierte Entscheidungsgrundlagen für die Stadtpolitik sowie transparente Kommunikation von teils kontroversen Entscheidungen zu schaffen. Der Antrag sollte einen Nutzen für die Familien in Karlsruhe, für die Stadtverwaltung und die Stadtpolitik darstellen. Mit der Stellungnahme zum Antrag ist die GRÜNE-Fraktion nicht einverstanden, hat aber Verständnis, dass durch die hauswirtschaftliche Sperre in der SJB enorme Zusatzbelastungen angefallen sind. Es besteht ein großes Vertrauen in die Fachlichkeit der Verwaltung. Die GRÜNE-Fraktion schlägt deshalb vor, den Antrag in einem Arbeitsausschuss oder in einer Jugendhilfeausschusssitzung im nächsten Jahr zu behandeln.

Der Vorsitzende ist mit dem Vorschlag der GRÜNE-Fraktion einverstanden, den Antrag nach dem Doppelhaushalt 2026/2027 zu behandeln.

Beschluss: Der Antrag wird im nächsten Jahr im Jugendhilfeausschuss behandelt.

TOP 6: Schaffung eines Naturkindergartens als Außenstelle des städtischen Naturparkkindergartens Wettersbach
- Stellungnahme zum Antrag -

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die Schaffung eines Naturkindergartens ist ein Wunsch des Ortschaftsrats Wettersbach. Gemäß den Eltern aus Wettersbach gibt es zu wenig Kindergartenplätze, und sie wären bereit, einen Naturkindergarten als kurzfristig umsetzbare Lösung anzunehmen. Die Zahlen der Verwaltung sehen den Bedarf anders. Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung, den Antrag nochmals mitzunehmen und mit der Ortsverwaltung Wettersbach an einer einvernehmlichen Lösung zu arbeiten.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Als Entscheidungsgrundlage ist es wichtig zu wissen, wie sich die Bedarfe in den anderen Planungsgebieten darstellen. Die GRÜNE-Fraktion unterstützt das Anliegen der CDU-Fraktion, dass der Antrag mit einer ausführlicheren Entscheidungsgrundlage nochmals im Gemeinderat oder Haupt- und Finanzausschuss behandelt wird.

Frau König-Lemke (SJB): Die Stadtverwaltung plant kurz-, mittel- und langfristig die Bedarfe. Kurzfristig kann es vielleicht für die Bürger*innen aussehen, dass Bedarfe nicht gedeckt sind. Die Bevölkerungsentwicklung ist bei Kindern und Jugendlichen rückläufig. Dies ist bei der Bedarfsplanung zu berücksichtigen, damit keine Überhänge an Plätzen und damit Rückbauerfordernisse geschaffen werden. Die in der Vorlage aufgeführten Fehlplätze sind rechnerische Fehlplätze. Das heißt, das Kind erhält den Kita-Platz vielleicht nicht zum Stichtag – aber zu einem späteren Zeitpunkt. Einen wesentlich geringeren Aufwand stellt ein Naturkindergarten für unsere Administration nicht dar, da ebenso alle Anträge gestellt und Schritte bearbeitet werden müssen.

Der Vorsitzende: Um auf die Bevölkerungsentwicklung und auf die Bedarfe einzugehen wird vorgeschlagen, diese Themen in einem Fach-Arbeitsausschuss zu behandeln. Danach kann die Fraktion entscheiden, ob der Antrag nochmals im Jugendhilfeausschuss oder im Gemeinderat zu behandeln ist.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die CDU-Fraktion nimmt den Vorschlag der Stadtverwaltung gerne mit und spricht mit den Verantwortlichen in Wettersbach. Die Fragen des Antrags werden gerne in den Arbeitsausschuss eingebracht.

Beschluss: Der Antrag wird als erledigt betrachtet. Die CDU-Fraktion gibt Rückmeldung, wenn der Antrag nochmals Behandlung finden soll.

Herr Braunagel (Der Paritätische) verlässt um 18:30 Uhr die Sitzung.

TOP 7: Angebot „Karlsruhe spielt“! stabilisieren
- Stellungnahme zum Antrag -

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Dankt dem Kinderbüro mit Frau Schöllhorn und der ämter-übergreifenden Unterstützung sowie den Bürgerinnen und Bürgern für die große ehrenamtliche Beteiligung. Es ist wichtig, dass Ansätze für eine zukünftige Weiterentwicklung des Projektes genannt wurden, trotz der aktuellen Haushaltslage.

Der Vorsitzende: Mit diesem Konzept wurde die Stadt Karlsruhe gleich im ersten Jahr als kreativste Stadt Deutschlands ausgezeichnet, und in 40 Straßen wird das Angebot umgesetzt.

Beschluss: Der Antrag wird als erledigt betrachtet.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

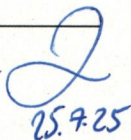
Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 3. Juli 2025

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister



25.7.25



Carmen Edler
Schriftführerin